

ÖFG // ÖSTERREICHISCHE
FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT

Österreichischer Wissenschaftstag

2023



Wissenschaft und Politik

19. bis 20. Oktober 2023

Casino Baden & Hotel At the Park

Kaiser-Franz-Ring 1 & 5, 2500 Baden

DONNERSTAG, 19. OKTOBER

14.15 Uhr

Eröffnung

VORSITZENDE: R DER ÖFG

14.30 Uhr

Wissenschaftsperzeption –

Österreich und die Welt: ein Problemaufriss

REINHARD HEINISCH | UNIVERSITÄT SALZBURG & ÖFG

15.45 Uhr

Die Universität als Ort des Politischen aus historischer Perspektive

MITCHELL ASH | UNIVERSITÄT WIEN

17.00 Uhr

Kaffeepause

17.30 Uhr

Die Politisierung der Wissenschaft

ULRIKE ACKERMANN | JOHN STUART MILL INSTITUT

F. FREIHEITSFORSCHUNG, BAD HOMBURG

18.45 Uhr

Institutionalisierte vs. Ad-hoc-Politikberatung aus rechtlicher Perspektive

ANNA GAMPER | UNIVERSITÄT INNSBRUCK

20.00 Uhr

Abendessen im Hotel At the Park

FREITAG, 20. OKTOBER

08.30 Uhr

Der Beitrag von Medien zur Wahrnehmung von Wissenschaft

FRITZ HAUSJELL | UNIVERSITÄT WIEN

09.45 Uhr

Podiumsdiskussion: Wissenschaft & Politik

Moderation: REINHARD HEINISCH

THOMAS HOFER | H&P PUBLIC AFFAIRS GMBH

BEATRIX KARL | PH STEIERMARK

DOROTHEE VON LAER | MEDIZINISCHE UNIVERSITÄT INNSBRUCK

CASPAR HIRSCHI | UNIVERSITÄT ST. GALLEN

11.15 Uhr

Kaffeepause

11.45 Uhr

Wissenschaft und Politik: Quo vadis?

ALICE VADROT | UNIVERSITÄT WIEN

13.00 Uhr

Abschluss des Symposiums

Organisatorische Hinweise:

1. Wir bitten Sie, Ihre Anmeldung elektronisch per E-Mail an oefg@oefg.at vorzunehmen. Angesichts der begrenzten Teilnehmer:innenanzahl können spät einlangende Anmeldungen u. U. nicht mehr berücksichtigt werden. Es wird eine Tagungsgebühr i.H.v. von € 100,- eingehoben. Die Übersendung der Zahlungsinformation erfolgt gemeinsam mit der Anmeldebestätigung.
2. Die Einladung umfasst die Verpflegung während des Wissenschaftstages sowie eine Nächtigung im Hotel At the Park in Baden bei Wien. Kostenpflichtige Parkplätze (€ 15 pro Tag) stehen beim Hotel zur Verfügung. Parkkosten sind nicht in der Tagungsgebühr inkludiert.
3. Die Teilnehmer:innen haben die Möglichkeit am 20.10. einen Bustransfer vom Hotel At the Park nach Wien-Hauptbahnhof (Abfahrt ca. 13.45 Uhr) zu nutzen. Lassen Sie uns bitte im Zuge Ihrer Anmeldung wissen, ob Sie den Bustransfer in Anspruch nehmen möchten. Die Nutzung des Bustransfers ist ausschließlich nach vorhergehender Anmeldung möglich.
4. Die Tagung findet in den Seminarräumlichkeiten des Casino Baden statt. Das Abendessen sowie die Nächtigung erfolgt im Hotel At the Park in Baden bei Wien. Das Casino und das Hotel sind nur wenige Gehminuten voneinander entfernt. Der Check-In ins Hotel At the Park ist ab 13.00 Uhr vor Tagungsbeginn am 19. Oktober 2023 möglich.

Tagungsbüro:

Österreichische Forschungsgemeinschaft
Berggasse 25/21, A-1092 Wien
Tel.: +43 (0)1 319 57 70
Fax: +43 (0)1 319 57 70 20
E-Mail: oefg@oefg.at | www.oefg.at

Kontakt Hotel:

Hotel At the Park
Kaiser-Franz-Ring 5, A-2500 Baden
Tel.: +43 (0)2252 44386
E-Mail: office@thepark.at

DIE REFERENT:INNEN

Univ.-Prof. Dr. Mitchell Ash

Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien

Univ.-Prof. in Dr. in Ulrike Ackermann

Freiheitsforscherin, Politikwissenschaftlerin, Soziologin und Autorin sowie Gründerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung, Bad Homburg

Univ.-Prof. in Dr. in Anna Gamper

Professorin am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre an der Universität Innsbruck sowie Ersatzrichterin des Staatsgerichtshofes des Fürstentums Liechtenstein

Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell

Professor und stellvertretender Institutsvorstand des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Heinisch

Professor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive sowie Leiter des Fachbereichs für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg

Univ.-Prof. Dr. Caspar Hirschi

Professor für Allgemeine Geschichte und Dekan der School of Humanities and Social Sciences an der Universität St. Gallen

Dr. Thomas Hofer, M.A.

Politikberater und Geschäftsführer der H&P Public Affairs GmbH

BM a.D. Univ.-Prof. in Dr. in Beatrix Karl

Rektorin der Pädagogischen Hochschule Steiermark, Professorin für Arbeits-, Sozial- und Europarecht an der Universität Graz sowie ehemalige Wissenschafts- und Justizministerin

Univ.-Prof. in Dr. in Dorothee von Laer

Professorin für Virologie an der Medizinischen Universität Innsbruck

Assoz. Prof. in Dr. in Alice Vadrot

Professorin für Internationale Beziehungen und Umwelt an der Universität Wien

ÖSTERREICHISCHER WISSENSCHAFTSTAG 2023

veranstaltet von

ÖFG // ÖSTERREICHISCHE
FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT

und getragen von Bund und Ländern:

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung



MOTIVATION

In einer Wissensgesellschaft, in der naturgemäß das Wissen zur zentralen und ausschlaggebenden Ressource geworden ist, verzahnen sich Wissenschaft und Politik unausweichlich. Gab es ein Verhältnis zwischen beidem seit jeher, so intensiviert es sich heute in einem Ausmaß, dass schon fast von vertauschten Rollen gesprochen werden kann, die beide Seiten spielen. Die Politik erwartet sich in immer mehr Fällen, dass ihr die Wissenschaft kraft Expertise sage, was sie zu tun habe. Umgekehrt lassen sich Experten und Expertinnen diesbezüglich in die Pflicht nehmen und akzeptieren, dass aus ihren Erkenntnissen alternativlose Handlungsanleitungen gezogen werden. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung, aber auch im Hinblick auf die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise wurde und wird diese Entwicklung offenkundig. Man mag das begrüßen, sofern man sich davon einen Zuwachs an Sachverstand in der Politik und gleichzeitig eine höhere Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags von Wissenschaft erwartet. Es gilt jedoch den Preis zu bedenken, der sich aus der gegenwärtigen Überlappung dieser beiden Teilsysteme, die gesellschaftlich verschiedene Funktionen ausüben, an verschiedenen Leitwerten orientiert sind und aufgrund unterschiedlicher Rationalitäten agieren, fast zwangsläufig ergibt.

Auf der einen Seite mutieren die Erwartungen, die seitens der Politik nicht an «die» Wissenschaft, sondern an einzelne, von ihr präferierte Wissenschaften gerichtet werden, zunehmend zu Vorgaben, die – gewollt oder nicht gewollt – die Freiheit derselben wenigstens beeinträchtigen. Schon beim Bestellen von wissenschaftlicher Expertise und Beratung zur Lösung politischer Problemstellungen ist die Gefahr gegeben, dass die Fragen die Antworten präjudizieren. Der Verdacht steht spätestens im Raume, wenn aus demselben Anlass mehrere Expertisen vorliegen, die Unterschiedliches empfehlen. Dies wiederum fährt ab auf die regelmäßigen Steuerungsmaßnahmen im Hochschulbereich, etwa auf die Leistungsvereinbarungen oder auf ausgeschriebene Forschungsprogramme, von denen nicht zuletzt die Finanzierungen der Hochschuleinrichtungen und Forschungsförderungen abhängen. Auch hier drängt sich der Eindruck von Vorgabe und Bestellung auf, ähnlich wie er im Falle von reiner Auftragsforschung oft unterstellt wird. Die Politik setzt sich jedoch nicht nur dem Verdacht aus, die Freiheit der Wissenschaft nicht immer anzuerkennen, sie wird auch häufig enttäuscht, sofern ihr die Wissenschaft in aller Regel nicht zu liefern vermag, was sie sich von ihr wünscht, nämlich einfaches, sicheres und sogleich praktikables Wissen. Ganz abgesehen davon, dass sich die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse in aller Regel nicht so inszenieren lässt – nämlich durch Erzählungen, dargeboten von großen, zugleich enthobenen Persönlichkeiten –, wie es sich die Politik wünscht.

Auf der anderen Seite büßt die Wissenschaft an Vertrauen ein, das die Gesellschaft ihr entgegenbringt. Dieser Vertrauensverlust kann sich – wie erinnerlich – bis zur Wissenschaftsskepsis, ja bis zur Wissenschaftsfeindlichkeit auswachsen. Was wiederum nicht verwunderlich ist, scheint doch die Wissenschaft mit der Politik – vordergründig – im selben Boot zu sitzen. Beide stehen gesellschaftlich besehen unter einem hohen Legitimationsdruck. Kein Wunder, dass dieselbe Kritik, die politischen Parteien entgegenschlägt, sich auf die Wissenschaft überträgt. Sie gelangt in den Geruch von «interessengeleitet» oder «ideologisiert», und recht haben anscheinend jene, die in der

Wissenschaft eine ideologisch-politisch besetzte Weltanschauung sehen, die es nicht nur zu kritisieren, sondern zu dekonstruieren gilt – und zwar nicht anders, als es in den politischen Auseinandersetzungen geschieht, wenn es um Macht geht. In dieser Perspektive verwandeln sich die Einrichtungen der Wissenschaften, allen voran die Universitäten, von Räumen der freien argumentativen Diskurse in Orte des Politischen, an denen kaum andere Regeln herrschen als in einer politischen Arena. Aber selbst wenn man von diesem Zusammenhang absieht: Die Wissenschaft bringt sich allemal in eine prekäre Situation, wenn sie sich zur Bedienung von Erwartungen drängen lässt, denen wissenschaftlich nicht beizukommen ist, wie angesichts weltanschaulicher Bedürfnisse, oder sich Rollen anverwandelt, die von Hause aus die Ihren nicht sein können, weil sie – wie die Politik – anderen Spielregeln folgen und eine gänzlich andere gesellschaftliche Funktion zu erfüllen haben als das Bewerkstelligen von wissenschaftlich vertretbarem Wissen. Sogar der Umstand, dass Wissenschaft ihren Fortschritt nur im internationalen Kontext sieht, die Politik hingegen – aufgrund der Wettbewerbssituation der Staaten untereinander – sich oft von nationalen Interessen leiten lässt, spielt hier herein.

Trotzdem ist es nicht nur unvermeidlich, sondern vielmehr notwendig, dass sich Wissenschaft und Politik in ein richtiges Verhältnis setzen. Wissenschaft besitzt einen gesellschaftlichen Auftrag, eine ‚Third Mission‘, die jedenfalls die Politik erreichen muss. Zugleich ist es von selbstredender Bedeutung, dass Politik ihr Handeln auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse abstützt. Wie dies in einer Form geschehen könne, dass Wissenschaft Wissenschaft und Politik Politik bleibt und dennoch ein sinnvolles und konstruktives Verhältnis zwischen beidem gelingt, soll Thema des Wissenschaftstages «Wissenschaft und Politik» sein. Es liegt auf der Hand, dass sich diese Thematik in ihrer Breite nicht allein auf prinzipieller – «wissenschafts-theoretischer» – Ebene behandeln lässt. Unabdingbar erscheinen empirische Analysen und kritische Reflexionen der konkreten Entwicklungen, die sich – etwa vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bzw. angesichts der anhaltenden Herausforderungen durch die Umwelt- und Klimakrise – inzwischen überall abzeichnen. Diese Entwicklungen verlaufen bekanntlich weltweit alles andere als einheitlich. Je nach Land bzw. Kulturraum gehen sie von höchst unterschiedlichen Voraussetzungen aus und weisen dementsprechend in verschiedene Richtungen. Diese Differenzen gilt es in den Blick zu nehmen – nicht zuletzt durch eine Inanspruchnahme historisch-kultureller Perspektiven. Unter anderem wird zu diskutieren sein, ob sich das Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik in Ländern, in denen die Wissenschaft einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert besitzt, anders ausnimmt als in Ländern, in denen dies weniger oder nicht der Fall ist. Offensichtlich entscheidet darüber nicht allein, ob in einem Land demokratische Verhältnisse herrschen. Vielmehr liegt die Frage nahe, wie Demokratie zu gestalten und zu leben ist, damit das Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu einer positiven Form findet. Wie immer die Antwort darauf ausfällt, die Medien als zentrales Organ einer demokratischen Öffentlichkeit spielen dabei eine ausschlaggebende Rolle. Deshalb sind sie genauso zu thematisieren und daraufhin zu befragen, welche Verantwortung sie übernehmen, die Wissenschaft in der breiten Öffentlichkeit zu positionieren – nicht nur gegenüber der Politik, sondern in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft überhaupt.